

Entschieden für Frieden



forumZFD

Globale Spannungen, lokale Resonanz

Impulse zur Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt
in deutschen Kommunen

Liebe Leserin, lieber Leser,

wie gehen wir mit den Auswirkungen des Nahostkonfliktes hier in Deutschland um? Diese Frage beschäftigt gerade viele Verantwortliche in Städten und Gemeinden in Deutschland. Das wurde im Rahmen unserer Online-Dialog-Veranstaltung am 8. November 2023 mit rund 40 Mitarbeitenden aus verschiedenen Kommunalverwaltungen deutlich. Dieses Impulspapier baut auf dem Austausch und dem Beitrag der Konfliktberater*innen des forumZFD bei diesem Anlass auf. Wir hoffen, Ihnen damit im Umgang mit den Auswirkungen des Nahostkonflikts vor Ort ein Stück Orientierung zu geben und möchten die Debatte um einen konstruktiven Umgang mit dieser heiklen Problematik weiter anregen.

Der Online-Austausch und das vorliegende Impulspapier sind auch für uns im forumZFD der Anfang für eine Arbeit an einem Konfliktthema, das uns weiterhin beschäftigen wird. Als Friedensorganisation arbeiten wir seit mehr als zwei Jahrzehnten im Nahen Osten für Dialog und Verständigung, und zugleich unterstützen wir Kommunen in Deutschland im Umgang mit Konflikten, die aktuell mehr denn je auch mit den Auswirkungen des Nahostkonflikts konfrontiert sind.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen und Interesse an Zusammenarbeit.

Ihre

Julia Burmann

Leiterin Programm Inland und Akademie für Konflikttransformation

Auswirkungen des Nahostkonflikts in Deutschland

Im Nahen Osten eskaliert seit den Angriffen der Hamas am 7. Oktober 2023 und der anschließenden Offensive des israelischen Militärs die Gewalt in neuem Ausmaß. Die Folgen sind in der ganzen Region spürbar und auch weit darüber hinaus. Auch in Deutschland müssen wir uns mit den Auswirkungen beschäftigen – vor allem auf der Ebene der Städte und Gemeinden.

In vielen deutschen Städten kam es nach dem 7. Oktober 2023 zu Demonstrationen und Kundgebungen. Die Angriffe der Hamas und der darauffolgende Krieg im Gazastreifen haben in Deutschland eine deutlich spürbare Betroffenheit ausgelöst, aber auch Sprachlosigkeit und Ohnmacht. Vielerorts äußerte sich diese Betroffenheit in Veranstaltungen zum gemeinsamen Gedenken oder für Frieden und Menschenrechte. Andere Versammlungen ließen sich stärker als „pro-palästinensisch“ oder „pro-israelisch“ verstehen. Die meisten davon verliefen friedlich. Einige Veranstaltungen zogen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Volksverhetzung, Aufforderung zu Straftaten oder Beleidigung nach sich.

Auch außerhalb von Demonstrationen und Kundgebungen treten antisemitische, anti-arabische oder islamfeindliche Haltungen aktuell wieder deutlich an die Oberfläche. Jüdische Menschen sind angesichts der Zunahme antisemitischer Parolen und Straftaten, einschließlich Angriffen auf Personen und jüdische Einrichtungen in Deutschland besorgt. Menschen mit palästinensischem, arabischem oder muslimischem Hintergrund sehen sich zunehmend einem Generalverdacht und Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Viele fühlen sich darin eingeschränkt, ihrer Verzweiflung angesichts des Leids im Gazastreifen Ausdruck zu verleihen.

Herausforderungen für kommunale Verwaltungen und Behörden

Diese Herausforderungen sind direkt in den kommunalen Verwaltungen und Behörden selbst zu spüren. Menschen tragen ihre persönliche Betroffenheit und ihren Diskussionsbedarf als Mitarbeitende in Verwaltungsteams und Arbeitsgruppen hinein. Häufig fehlt es dort jedoch an Erfahrung und Methodenkenntnis, um diese kontroversen Diskussionen intern gut anzuleiten und konstruktive Austauschräume zu schaffen.

Welche Dynamiken sich durch die Auswirkungen des Nahostkonflikts in der Stadtgesellschaft ergeben, ist aus Sicht der Verwaltungen und Behörden oft schwer zu greifen. Verantwortliche wollen vermeiden, durch (Nicht-)Handlungen zur Eskalation beizutragen oder das Vertrauen bestimmter Gruppen zu verspielen. Sie sind verunsichert, wie sie mit unterschiedlichen Positionierungen von Menschen in der Stadtgesellschaft umgehen und wie sie sich selbst inhaltlich positionieren können. Dies betrifft z.B. die Frage, wo legitime Kritik an der Politik des israelischen Staates aufhört und wo Antisemitismus beginnt.

Trotz dieser eigenen inhaltlichen Unsicherheit sind Verantwortliche gezwungen, grundlegende Entscheidungen über behördliches Vorgehen zu treffen. Zentrale Fragestellungen sind dabei etwa: Wann sind Einschränkungen der Versammlungsfreiheit zum Schutz der öffentlichen Sicherheit angebracht und was sind unverhältnismäßige Eingriffe in dieses Grundrecht?

In diesem Zusammenhang muss die Verwaltung eine schwierige Balance halten: Sie muss die öffentliche Ordnung wahren und möchte dabei den Eindruck einseitiger Positionierung vermeiden, um das Vertrauensverhältnis zu gesellschaftlichen Gruppierungen nicht zu gefährden – etwa zu den vom Nahostkonflikt und den hiesigen Auswirkungen direkt betroffenen Personengruppen. Die Verantwortlichen beobachten in dieser Situation einmal mehr, wie schwierig es sein kann, allen Perspektiven gleichermaßen Gehör zu verschaffen.

Zusätzlich besteht die Sorge vor fortschreitender Polarisierung sowie vor einer weiteren Radikalisierung, gewalttätigen Ausschreitungen und Übergriffen. Auch könnten Rechts-extreme und -populist*innen die Ereignisse für sich instrumentalisieren. Medien, vor allem auch soziale Medien, verstärken die gesellschaftliche Spaltung und beleben „alte“ Vorurteile wieder. Darauf wirkt ein, dass der Kenntnisstand über die komplexen Ursachen des Nahostkonflikts oft gering ist und dazu in den sozialen Medien vermehrt Fehlinformationen kursieren.

Strategien deutscher Kommunen

Der Nahostkonflikt und die entsprechende Reaktion der Verwaltungen und Behörden treffen in den Kommunen auf bestehende Dynamiken und Konflikte. Um in dieser Situation Ansatzpunkte für einen konstruktiven Umgang zu finden, ist es wichtig, sich die verschiedenen Kontexte und die Wechselwirkungen dazwischen bewusst zu machen. Der Austausch mit anderen Kommunen kann hier wertvoll sein. Diese stehen häufig vor ähnlichen Herausforderungen.

In der Austauschveranstaltung am 8. November haben wir von verschiedenen Wegen gehört, wie Kommunalverantwortliche versuchen, diesen schwierigen Herausforderungen zu begegnen. Die von den Teilnehmenden genannten Strategien setzen auf verschiedenen Ebenen an:

Um behördeninterne Spannungen konfliktsensibel aufzufangen, besteht beispielsweise die Möglichkeit, **Austauschräume zu dem Thema von externen Personen** begleiten zu lassen. Hierfür bieten sich zum Beispiel zertifizierte Mediator*innen oder Supervisor*innen an*.

Es hilft, **Konflikte zu benennen und Haltung für einen konstruktiven Austausch zum Nahostkonflikt zu zeigen**. Denn: Auch „Nicht-Handlungen“ haben Auswirkungen. Das Gefühl eines Klimas der Angst, eigene Positionierungen äußern zu dürfen, hemmt diesen konstruktiven Austausch. Möchte eine Stadt oder Kommune nicht alleine zu einem konstruktiven Austausch einladen, können auch hier externe Personen für die Moderation hinzugezogen werden. Auch nicht öffentliche Austauschräume können gefördert werden, z.B. in dem Lehrkräfte darin unterstützt werden, Schüler*innen in konstruktiven Diskussionen zu begleiten, die auch den Ausdruck eigener Betroffenheit und Positionierung ermöglichen.

*Professionelle Mediator*innen und Supervisor*innen finden Sie zum Beispiel hier:

- [Bundesverbandes für Mediation](#)
- [Deutschen Gesellschaft für Supervision und Coaching Orientierung](#)

Unter den Stichworten Multiperspektivität und Ambiguitätstoleranz versuchen Kommunen grundsätzlich, das **Verständnis dafür zu stärken, dass es unterschiedliche Betrachtungsweisen zu einem Thema gibt** und dass diese zulässig und auszuhalten sind. Sich Multiperspektivität und Ambiguitätstoleranz bewusst zu machen, kann dabei helfen, Polarisierung, Extremismus und Radikalisierung entgegenzuwirken. Ausgangspunkt dafür ist es, Komplexität zuzulassen und zu versuchen, den Konflikt von unterschiedlichen Perspektiven her zu betrachten. Kommunen können beispielweise Einwohner*innen – mit oder ohne direkten Bezug zum Thema – zu Informationsveranstaltungen mit eben diesem Angebot einladen. Ambiguitätstoleranz und Multiperspektivität können aber auch dadurch zum Ausdruck kommen, dass eine Kommune sich öffentlich solidarisch mit Partner*innen sowohl in Israel als auch in Palästina zeigt, zum Beispiel bei bestehenden Städtepartnerschaften.

Ein Fokus auf die Forderung nach **Frieden und Solidarität** mit allen zivilen Opfern nimmt jenseits einseitiger politischer Positionierungen deren Leid, den Wunsch nach ihrem Wohlergehen und einem Leben in Frieden und Sicherheit in den Blick. Dieser kann sich beispielweise in Forderungen nach Einhaltung von Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht ausdrücken.

Zudem wurde als wichtig benannt, **als Kommune zu verschiedenen Glaubensgemeinschaften gleichermaßen Kontakt zu suchen** oder bestehende Beziehungen zu reaktivieren. Interreligiöser Dialog oder gegenseitige Besuche jüdischer und muslimischer Gemeinden oder Zentren können dazu beitragen, Vorurteile und pauschalisierte Vorwürfe gegenüber bestimmten Religionsgemeinschaften abzubauen. Eine Kommune kann diese vertrauensbildende Arbeit der Glaubensgemeinschaften dadurch unterstützen, dass sie öffentlich darauf hinweist, dass sie Dialog aller Art fördert.

Insgesamt ist es hilfreich, eine **konfliktsensible und stringente Kommunikationsstrategie** für die gesamte Kommunalverwaltung zu entwickeln. Dazu gehört eine differenzierte, sachliche Sprache. Eine solche unterscheidet bspw. zwischen dem israelischen Staat und israelischen oder jüdischen Menschen sowie zwischen der Hamas als Organisation und Palästinenser*innen oder Muslim*innen im Allgemeinen. Zur Entwicklung und Umsetzung der Kommunikationsstrategie können gezielte Schulungen von Mitarbeitenden zum Sprechen über den Nahostkonflikt beitragen.

Beispiele aus der Praxis

Die folgenden drei Erfahrungsberichte haben wir im Rahmen der Veranstaltung als Beispiele für einen konstruktiven Umgang mit der Situation in der Praxis gehört.

„Wir müssen vermeiden, Personen in Randgruppen und damit in die Radikalisierung zu treiben.“

Fatma Celik, Büro für Integrationsfragen, Hameln



In der **Stadt Hameln** befindet sich Fatma Celik vom Büro für Integrationsfragen mit vielen Leuten zu den Auswirkungen des Nahostkonflikts im Gespräch. Sie erlebt dabei beides: Viel gegenseitiges Verständnis, aber auch Feindseligkeiten. Trotzdem tragen ihrer Erfahrung nach Personen aller Seiten den Wunsch nach einem gerechten Frieden und nach Menschlichkeit in sich. Celik betont, es müsse vermieden werden, Personen in Randgruppen und damit in die Radikalisierung zu treiben. Dafür sei es wichtig, eine klare Position für Frieden zu beziehen und sich solidarisch mit den zivilen Opfern aller Seiten zu zeigen. Zudem solle differenziert werden und Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung z.B. nicht per se mit Antisemitismus gleichgesetzt werden.

„Wir können auf unsere Erfahrungen zurückgreifen und auf Basis der 'Mannheimer Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt' in der Stadtgesellschaft weiterarbeiten.“

*Petar Drakul, Beauftragter für die
Innenstadt, Mannheim*



Die **Stadt Mannheim** kann im Umgang mit den aktuellen Spannungen infolge des eskalierten Nahostkonflikts auf ihre Erfahrungen aus vergangenen Jahren zurückgreifen. Dies zeigt, wie hilfreich eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit kritischen Themen ist. Bereits im Jahr 2009 gab es in der Stadt nach militärischen Auseinandersetzungen im Gazastreifen eine angespannte Lage. Der damalige Oberbürgermeister lud zu einem Runden Tisch ein, aus der die Initiative zu einer gemeinsamen Erklärung entstand. Das Dokument wurde im Jahr 2021 zur [„Mannheimer Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt“](#) weiterentwickelt und aktuell von 360 Institutionen, Vereinen, Unternehmen, Parteien, Religionsgruppen und anderen Organisationen getragen.

Angesichts der aktuellen Situation haben Vertreter*innen der muslimischen, jüdischen und christlichen Gemeinden gemeinsam mit der Verwaltungs- und Polizeispitze die Erklärung erneut bekräftigt und erklärten unter anderem: „Wir bestätigen nochmals unsere Bereitschaft zur gegenseitigen Verständigung und zu einem respektvollen Umgang – gerade in Konflikt- und Krisensituationen – und suchen Klärung im gemeinsamen Gespräch. Wir sind willens, uns zudem noch stärker für ein gelingendes Zusammenleben in unserer von Vielfalt geprägten Stadt, sowie für mehr Toleranz und Menschlichkeit zu engagieren.“

„In der Stadt Köln haben wir früh ein politisches Zeichen gesetzt und dabei stark differenziert, um Polarisierung entgegenzuwirken.“

Fabian Stangier, Referent für den Nahen Osten und Nordafrika, Köln



Über ihre Städtepartnerschaften mit Tel Aviv und Bethlehem ist die **Stadt Köln** stark mit dem Nahen Osten verbunden. Sie hat sich daher angesichts der jüngsten Eskalation beeilt, früh ein politisches Zeichen zu setzen. Am 8. Oktober, am Tag nach den Angriffen der Hamas, hat Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker medienwirksam an die Partnerstadt Tel Aviv geschrieben und ihr Mitgefühl ausgedrückt. Es folgten Spenden für Menschen, die infolge des Angriffs der Hamas nach Tel Aviv geflohen sind. Auch mit ihrer palästinensischen Partnerstadt Bethlehem ist die Stadt Köln hinsichtlich der derzeitigen Eskalation des Nahostkonflikts im Kontakt. Die Stadt ist dabei auf eine sensible und strategische Kommunikation bedacht.

In Köln besteht darüber hinaus ein gemeinsames Engagement der jüdischen und muslimischen Religionsgemeinden, die sich angesichts der Eskalation des Nahostkonflikts mit klaren Worten der Solidarität gegenseitig besuchten. Auch der Kölner Rat der Religionen als freiwilliger Zusammenschluss von Religionsgemeinschaften und Organisationen, die sich für interreligiösen Dialog einsetzen, ruft die Kölner*innen in einem Statement auf, zusammenzuhalten. „Wir lassen uns nicht spalten, wiegen menschliches Leid nicht auf und sind in unseren Gebeten und Gedanken bei allen Getöteten, Verletzten und Betroffenen“, heißt es darin.

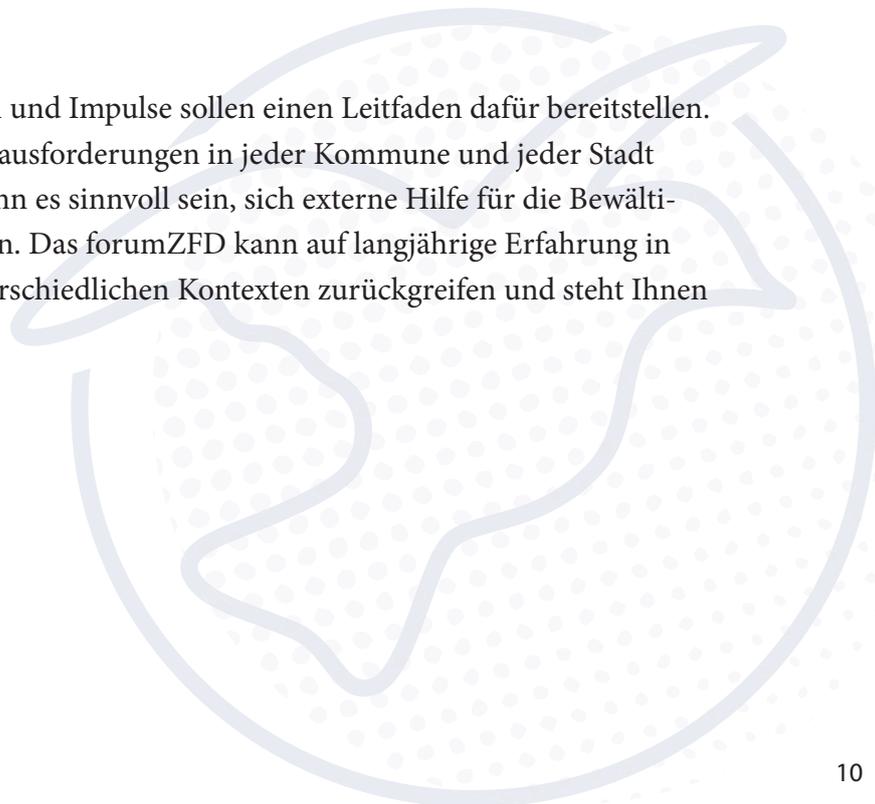
Konflikte benennen und konstruktive Debatten ermöglichen

Aus der Perspektive der Konflikttransformation ist wichtig, Konflikte zu benennen, denn erst dann werden sie besprechbar. Abwarten und hoffen, dass Spannungen mit der Zeit von allein abklingen ist wenig hilfreich. Eine abwartende Haltung kann dazu beitragen, dass sich Konflikte verstärken, beispielsweise weil Menschen und Gruppen sich dadurch nicht wahrgenommen fühlen.

Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, in der vielfältige Meinungen und Positionierungen bewusst ermöglicht und toleriert werden. Durch die demokratische Auseinandersetzung unterschiedlicher Interessen gestalten wir gemeinsam das gesellschaftliche Zusammenleben. In Deutschland wirkt sich der Nahostkonflikt aufgrund der Geschichte in besonderer Weise auf gesellschaftliche Dynamiken aus. Deshalb ist eine konstruktive Auseinandersetzung mit seinen Folgen hier besonders wichtig für ein demokratisches und an Grundrechten orientiertes Zusammenleben. Wird diese konstruktive Auseinandersetzung eingeschränkt, kann dies Sprachlosigkeit und Polarisierung fördern.

Wir ermutigen dazu, das Gespräch zu suchen und Austauschräume zu schaffen, statt Konflikte zu meiden oder Räume einzuschränken. Um einen vertrauensvollen Austausch zu ermöglichen, müssen diese Räume einen geschützten Charakter haben. Dafür ist es wichtig, Gelegenheiten für den Ausdruck verschiedener Perspektiven zu schaffen, und dennoch einen klaren demokratischen Rahmen zu wahren. Dadurch wird es möglich, verantwortungsvoll mit den hiesigen Auseinandersetzungen und Spannungen infolge des Nahostkonflikts umzugehen.

Die oben genannten Erfahrungen und Impulse sollen einen Leitfaden dafür bereitstellen. Natürlich sind die konkreten Herausforderungen in jeder Kommune und jeder Stadt individuell. Unter Umständen kann es sinnvoll sein, sich externe Hilfe für die Bewältigung der Konfliktfolgen zu suchen. Das forumZFD kann auf langjährige Erfahrung in der Arbeit mit Konflikten in unterschiedlichen Kontexten zurückgreifen und steht Ihnen gerne beratend zur Seite.



Kontakt



Julia Burmann

Leitung Akademie und Programm Inland
Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Am Kölner Brett 8 | 50825 Köln
Tel 0221 912732 71 | Fax 0221 91273299
www.forumZFD.de

Mehr Informationen zur Kommunalen Konfliktberatung und dem Inlandsprogramm des forumZFD: www.forumZFD.de/kkb



forumZFD



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



**Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung**

Entschieden für Frieden

forumZFD
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00
BIC GENODEM1GLS